

# Das politische Leben geht weiter – In irgendeiner Form

**Coronavirus** Liechtenstein ist derzeit im Ruhemodus. Die meisten Geschäfte mussten schliessen, Veranstaltungen und Versammlungen sind verboten. Für die Politik gibt es Ausnahmen. Trotzdem herrscht keineswegs Normalbetrieb.

VON DANIELA FRITZ

Das gesellschaftliche Leben in Liechtenstein steht auf Pause, die Wirtschaft läuft – wo noch möglich – eher auf Minimalbetrieb, viele Arbeitnehmer sind im Homeoffice. Das Coronavirus hat auch die Politik fest im Griff. Trotzdem: «Für uns ist klar, dass der Apparat der Regierung und Verwaltung weiterlaufen muss», betonte Regierungschef Adrian Hasler auf einer Pressekonferenz am 16. März. Die Regierung arbeitet derzeit auf Hochtouren, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Dazu hat sie in den vergangenen Tagen verschiedene Massnahmen getroffen: Etwa ein Verbot von Versammlungen über fünf Personen, die Schliessung von Lokalen sowie der meisten Geschäfte und ein Verbot von privaten und öffentlichen Veranstaltungen.

## April-Landtag abberaumt

Diese Massnahmen machen es aber auch den politischen Akteuren schwer, ihrer Arbeit wie gewohnt nachzugehen – auch wenn das Amt für Gesundheit bei Gemeinderats- und Landtagssitzungen unter Einhaltung bestimmter Voraussetzungen eine Ausnahme bewilligt hat. Das Landtagspräsidium hat dennoch beschlossen, die April-Sitzung abzu-



Dieser Tage wird auch in den Gemeinderatssitzungen, sofern sie stattfinden, auf mehr Abstand geachtet. Wie hier in Ruggell am 4. März. (Foto: ZVG)

sagen. Damit will man ein Zeichen setzen und den Regierungsauftrag unterstützen, die persönlichen Kontakte derzeit auf das absolute Minimum zu reduzieren.

## Unsicherheit bei Abstimmungen

Schwierig ist es derzeit für Gruppierungen wie «HalbeHalbe», die eigentlich mit ihrer Kampagne durchstarten wollten. Das sei jetzt natürlich nicht angemessen und zielführend, heisst es seitens des Initiativkomitees. Man warte nun die kommenden Wochen ab. Da aber in der

Schweiz nationale Abstimmungen am 17. Mai verschoben wurden, wäre dies auch hierzulande möglich. «Wir gehen sogar eher davon aus», so Martina Haas von «HalbeHalbe». Regierungschef Adrian Hasler betonte am 16. März noch, dass das politische Leben fortgeführt werde. Ein Grossteil der Bevölkerung stimme ohnehin brieflich ab. Falls die Wahllokale offen hätten, würden die Hygiene- und Abstandsvorschriften gelten. Auch am Dienstag hiess es auf «Volksblatt»-Anfrage im Ministerium, dass aus derzeitiger Sicht die

Volksabstimmungen zu «HalbeHalbe» und der Einführung der Doppelstaatsbürgerschaft weiterhin für den 7. Juni vorgesehen sind. Die Regierung werde die Lage aber laufend beurteilen und in den kommenden Wochen entscheiden, ob die Abstimmung durchgeführt werden kann. Unterschiedlich handhaben die Gemeinden die Situation, wie eine Umfrage des «Volksblatts» unter den Vorstehern zeigt (siehe unten). Die Ausnahmegewilligung des Amtes für Gesundheit ermöglicht es zwar, dass die Gemeinderäte weiterhin ihre Sitzungen abhalten können. Dabei sind jedoch die Hygiene- und Abstandsvorgaben einzuhalten. Zudem müssen Massnahmen getroffen werden, um besonders gefährdete Personen zu schützen. Wer krank ist oder sich krank fühlt, darf zudem nicht physisch an der Sitzung teilnehmen.

## Grössere Räume oder schriftlich

Einige Gemeinden halten ihre Sitzungen daher nicht mehr in den üblichen Räumen ab, sondern weichen auf die Gemeindegasse aus. Andere verzichten ganz darauf oder wählen den Weg über Zirkularbeschlüsse. Videokonferenzen hält derzeit noch keine Gemeinde ab, auch aus Sicherheitsgründen. Nachfolgend eine Übersicht, wie die einzelnen Gemeinden mit der Situation umgehen.